

Dresdner Volkszeitung

Hofschekow: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Carl Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anstalt für
und Beamten, R.-S. Dresden.
Verleger: Kretschmer, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit der nächsten Unter-
postzahlungsrechnung: 3 Monate 1,20 M., 6 Monate 2,40 M., 1 Jahr 4,80 M.
Telegraphisch: 240 240, 480 480, 960 960, 1920 1920
Telegraphisch: 240 240, 480 480, 960 960, 1920 1920

Schriftleitung: Wetzlarer Platz 10, Dresden Nr. 3361. Sprech-
stunden: Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzlarer Platz 10, Dresden Nr. 3361 und 12707.
Telefon: 12707

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte
zu 30 Pf., die 30 mm breite Monatshefte zu 20 Pf., für auswärtige
Abnehmer zu 30 Pf. und 20 Pf. für den Versand. Einzelhefte
zu 3 Pf. 50 Pf. Einzelhefte zu 2 Pf. 50 Pf.

Nr. 209

Dresden, Donnerstag den 6. September 1928

39. Jahrg.

Was soll die Kriegsflotte?

Ein Beitrag zur Panzerschiffdebatte
Von Franz Künzler, M. d. R.

In der Diskussion, die durch den Bau des Panzerkreuzers A ausgelöst wurde, ist die Frage aufgeworfen worden, ob Deutschland überhaupt eine Kriegsflotte braucht. Diese Frage wird nicht nur von Sozialdemokraten, sondern auch von bürgerlichen Politikern und Marinefachverständigen gestellt.

Vorüber kann es kaum eine Meinungsverschiedenheit geben, daß die Kriegsflotte, wie sie Deutschland durch den Versailles Vertrag vorgeschrieben ist, kein brauchbares Kriegsinstrument ist. Aus dieser Erkenntnis heraus haben seither auch militärische Kreise sich gefragt, ob es überhaupt einen Zweck habe, eine Kriegsflotte zu unterhalten, deren Gesichtswert durch die einmündigen Bestimmungen des Friedensvertrages auf Null herabgesetzt ist. Nach anfänglichem Schwanken trugen die Anhänger einer neuen deutschen Flotte den Sieg davon, und seitdem belagert die aus 6 Schlachtschiffen (10 000 Tonnen), 6 kleinen Kreuzern (6 000 Tonnen), 12 Zerstörern (800 Tonnen) und 12 Torpedobooten (200 Tonnen) bestehende Kriegsflotte den Marinehaushalt von Jahr zu Jahr mehr. Allein im Rechnungsjahr 1927/28 beziffert sich der Marinehaushalt auf 218,8 Mill. M. Nur 278,820 M. wurden bei der letzten Etatsberatung vom Reichstag geteilt.

Die deutsche Seemacht, die weder über Unterseeboote noch über Luftstreitkräfte verfügt und deren Bestand an Waffen, Munition und Kriegsmaterial an Bord oder in Reserve verhältnismäßig geringfügig ist, erscheint somit schon nach rein militärischen Erwägungen als ein nutzloses, aber für den deutschen Steuerzahler um so kostspieligeres Instrument.

Es ist wirklich an der Zeit, daß sich Reichsregierung und Reichstag die Frage vorlegen, ob das durch den Weltkrieg verursachte und verschuldete Deutschland finanziell die vielen Millionen für die Kriegsmarine nicht sparen kann. Man sollte diese Frage ganz sachlich und ohne Aufmischung politischer Erwägungen erörtern. Dann würde sich herausstellen, daß es für die Beibehaltung der Kriegsmarine weder militärische noch politische Gründe gibt. Zur Seefriedenspolitik im Frieden sollte das neue Deutschland nicht Hunderte von Millionen hinanzuwenden. Wenn doch Leute die deutsche Kriegsflotte, einschließlich der Ersatzbauten, als altes Eisen bezeichnen, dann ist es unverantwortlich, wenn Jahr für Jahr in immer steigendem Maße Mittel bewilligt werden, damit ein paar Schiffe ihre Panzermacht auf dem Weltmeere spazieren fahren können. Das Argument unserer Kriegspolitiker, daß die deutsche Flotte die Aufgabe habe, die deutsche Flagge zu zeigen, ist wahrlich nicht durchschlagend genug, um die Ausgaben von Hunderten von Millionen zu rechtfertigen. Dieses Geld könnte für Wohnungsbauten und andere soziale Zwecke viel besser verwendet werden.

Wie die Dinge heute in Europa liegen, beruht die Sicherheit Deutschlands auf ganz anderen Voraussetzungen als auf der Existenz einer deutschen Kriegsmarine. Nur ganz unbedeutende Küstenschutzkräfte werden immer wieder die Forderung nach einer starken Land- und Seemacht erheben. Viele Politiker mit dem Weltkriegshorizont hoffen auf bessere Zeiten. Sie glauben, bei einer anders gestellten Wächterpolitik ihre wehrmachtspolitischen Ziele verwirklichen zu können. Für sie ist das heute vorhandene nur der Grundstock für die so heiß ersehnte „starke Wehrmacht“. Auf die Wünsche dieser Politiker einzugehen, hat das neue Deutschland nicht die geringste Veranlassung.

Deutschland kann ebensogut auf eine Kriegsmarine verzichten, wie dies Belgien und andere Staaten schon getan haben. Obwohl Belgien einen Teil des Kongos als Kolonialland besitzt, hat es vor dem Kriege und bis heute niemals die Notwendigkeit einer Kriegsflotte anerkannt. Als bei Friedensschluß Belgien deutsche Kriegsschiffe als Eigentum anerkannt erhielt, hat es sehr bald diesen Grundstock einer Kriegsmarine wieder beseitigt.

Es gibt Marinefachleute, die die Notwendigkeit einer deutschen Kriegsmarine mit dem Hinweis auf Polen begründen. Jeder Politiker aber weiß, daß eine trotz Locarno und Stresa etwa denkbare deutsch-polnische Auseinandersetzung höchstens nicht nur eine Angelegenheit dieser beiden Länder wäre. Was heute Polen an Kriegsmarine besitzt, ist als eine Bedrohung Deutschlands wirklich nicht anzusehen. Polen verfügt über kein einziges Schlachtschiff, zwei Zerstörer, fünf Torpedobooten, drei Unterseeboote und fünf Minenboote — das ist die politische Kriegsmarine, der gegenüber ist Deutschland immer noch geradezu eine Seemacht ersten Ranges. Für Polen ist die Kriegsmarine genau so überflüssig wie für Deutschland.

Die stärkste Seemacht in der Ostsee ist Sowjetrußland. Seine baltische Flotte setzt sich folgendermaßen zusammen:

a) Minenschnitzer	
1. Minenschnitzer	26 000 t
2. Minenschnitzer	26 000 t
3. Minenschnitzer	26 000 t
4. Minenschnitzer	26 000 t
104 000 t Depl	

Für Wirtschaftsdemokratie!

Der Weg der kämpfenden Arbeiterklasse — Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses

Die bedeutende Kundgebung

Die vom Hamburger Gewerkschaftskongress zur Frage der Wirtschaftsdemokratie angenommene Entschließung lautet:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem unverändert im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands mit neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.“

Die Gewerkschaften erklären, wie es der Nürnberger Kongress im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die Monopol- und gewerkschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftziel, sondern als alljährlich fortzuschreitende Entwicklungsphase stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsstadium sind der organisierten Arbeiterklasse vielfältige Eingangsfragen erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Verdrängung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalismus aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturumwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit werden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterklasse und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft gemehrt.

Der Gegensatz gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmers ist daher nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtigen Zweige der Wirtschaft werden bereits in der sozialistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutet. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgesteuert von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentumsverhältnisses ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierher einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterklasse im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erlangen. Auf der

anderen Seite stehen die Aufgaben des Aufbaues neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterklasse selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zu diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Wertschöpfung des kollektiven Arbeitereinkommens, des sozialen Arbeitereinkommens, der Knaben und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Betrieb, die partielle Vertretung der Arbeiterklasse in allen wirtschaftspolitischen Körpern, die Kontrolle der Monopol- und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Anschaffung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben. Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhängt, je enger sie sich für die Erreichung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Bestrebungen bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterklasse schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse geschaffenen Gewerkschaften.“

Begründung und Debatte

Hamburg, 5. September. (Fig. Draht.)

Die Sitzung wird kurz nach 9 Uhr eröffnet. Das Wort zu seinem Referat über die

„Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“

erhält

Kapfati, Berlin.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ergänzt das Bestreben der Arbeiterklasse, das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem durch ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu ersetzen. Der Sozialismus ist unser Endziel, die Wirtschaftsdemokratie ein Weg, unser sozialistisches Ideal zu verwirklichen. Wir können aber auch nicht verkennen, daß es den Gewerkschaften überall dort, wo sie eine Macht repräsentieren, gelingen ist, die Tendenzen der Verdrängung zu überwinden. Wir sehen, wie unter dem Druck wachsender gewerkschaftlicher und politischer Macht der Arbeiterklasse ein neues kollektives Arbeiterrecht heranzuwachsen, wie die brutale Freiheit des Arbeitermarktes durch das Wirken der Gewerkschaften, durch Ausbau der Sozialversicherung beschränkt wird und wie die Ausap-

flotte für Deutschland weiter nichts ist als ein kaskadiertes Spielzeug, von dem es sich jederzeit befreien könnte, ohne Schaden an seiner Sicherheit zu nehmen. Der Verzicht auf die Kriegsmarine ist unter diesen Umständen keine Forderung der „Vaterpolitik“, wie unsere Gegner unterstellen, sondern eine Schlussfolgerung, die sich aus einer sachlich-unparteiischen Prüfung der gegebenen Umstände von selber ergibt.

Stinnes' Helfershelfer

D. Berlin, 6. September. (Fig. Funknachr.) Die Untersuchung gegen Hugo Stinnes wurde auch am Mittwoch fortgesetzt und ist inzwischen so weit gediehen, daß wahrscheinlich im Verlauf des heutigen Tages ihr Abschluß erfolgen kann. Inzwischen ist der Verdacht aufgekommen, daß aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters über die Einzelheiten der Untersuchung an bestimmte Kreise, die mit Hugo Stinnes in enger Verbindung stehen, bestimmte Nachrichten gegeben worden sind. Der Verdacht richtet sich gegen die bisherige Sekretärin des Untersuchungsrichters. Die erforderlichen Ermittlungen sind bereits am Mittwoch eingeleitet worden. Die Gerichtsbahnen glauben für ihre Vermutungen bereits greifbare Unterlagen gefunden zu haben. Jedenfalls scheint der Verdacht begründet, daß früher mit Hugo Stinnes in Verbindung standen und deshalb als Zeugen vernommen wurden, vorher Einzelheiten der Vernehmung erfahren, die sie in ihren Aussagen wesentlich beeinflussen konnten.

Wie der Betrug ausgeführt wurde

Allmählich bringt der weitere Gang der Untersuchung etwas Licht in den großen Kriegsanleihebetrug. Eine Amsterdamer Bank — die inzwischen in Konkurs geraten ist — hatte einem französischen Kontorist von Strohmännern beschafft, daß sie vor dem 20. November 1926, dem Stichtag für die Annahme von Kriegsanleihen in Depot gehabt hätten. Diese Strohmänner wurden von dem Pariser Anwalt Gaimon bei der Kriegsanleihebenehmung vertreten. Gaimon selbst trat nicht als Anleihebenehmung auf, wohl aber einer seiner Verwandten. So wird nun angenommen, daß v. Waldow und Direktor Rothmann die Verbindung zwischen den französischen Strohmännern und Hugo Stinnes hergestellt haben.

b) Zerstörer	
3 Zerstörerdivisionen zu je 4 Booten	
1. Karl Marx, Kollin, Engels, Lenin	Größe etwa 1400 t Geschw. 30 km
2. Stalin, Sinowjew, Trotzki, Uryski	
3. Wolodarski, Ratus, Orski, Komjuntzi	
Hjminjew	
18 800 t	
c) Torpedoboote	
1. Krepki	Größe 400 t Geschw. 25 km
2. Sischol	
3. Sischol	
4. Sischol	
1600 t	
d) Kanonenboote	
1. Krasnaja Swesda	1400 t
2. Krasnaja Swesda	1780 t
e) U-Boote	
3 U-Bootdivisionen zu je 3 Booten	
1. Babrak, Kommandant, Proletari	ganz modern Größe 700 t Geschw. 12/9
2. Babrak, Kommandant, Proletari	
3. Babrak, Kommandant, Proletari	4200 t
II. Geschwader für Küstenverteidigung	
a) Kreuzerverband	
1. Gesch.-Kreuzer „Profintern“ 6500 t 15-13 cm Geschw. 40 km	19 km
2. Gesch.-Kreuzer „S. S. S. R.“ 6500 t 10-13 cm Geschw. 19 km	
b) Zerstörerdivisionen zu je 4 Booten	
1. Gaidamal, Sewardoff, Schelenski, Ujarty	600 t Geschw. 26 km
2. Gaidamal, Sewardoff, Schelenski, Ujarty	
4800 t	

Zu diesen Schiffen kommen noch dazu „Aisio“, U-Boot-Unterstützungs-, Küstenleger, Juugeng-Unterstützungs- usw.

Auch diese respektable Stärke der russischen Flotte in der Ostsee kann für Deutschland kein Anreiz sein. Keine Seemacht anzubauen, zumal kein Mensch in Deutschland — von den Legendenerzählern der SPD. abgesehen — eine friedliche Auseinandersetzung mit Rußland für möglich hält. So kommt man immer wieder zu dem Ergebnis, daß die Kriegs-